

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Rußland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Eberhard Schneider

Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko

FG 5, 2005/07, Oktober 2005

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

DIE UKRAINISCHE AUSSENPOLITIK UNTER WIKTOR JUSCHTSCHENKO

(Veröffentlicht in: Vestnik analitiki, Moskau, Nr. 3, 2005, S. 97-113)

Die "orangene" Revolution im vergangenen Herbst hat die Ukraine schlagartig in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Die beiden Präsidentschaftskandidaten, die Wählerschaft und die ukrainische Mentalität waren von der Präsidentialadministration und von der russischen Botschaft in Kiew falsch eingeschätzt worden. Ein Grund dafür ist vielleicht darin zu suchen, daß man eine genaue und systematische Analyse der Situation in der Ukraine nicht für nötig hielt, weil man das Land sowjet-mental praktisch als Teil Rußlands betrachtete. Hinzu kommt, daß Moskau dem damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma zu viel vertraute. Das alles brachte Wladimir Putin in eine sehr unangenehme Lage, aus welcher der russische Präsident nur durch Akzeptanz der neuen Realitäten und durch Pragmatismus wieder herausfinden konnte. Welche Außenpolitik betreibt die Ukraine unter ihrem neuen Präsidenten Wladimir Juschtschenko und wer macht diese Außenpolitik?

Wer macht die ukrainische Außenpolitik?

Die ukrainische Außenpolitik wird in ihren Grundlagen vom ukrainischen Parlament bestimmt (Verfassungsartikel 85.5). Diese Grundlagen werden ausschließlich durch Gesetze festgelegt (Art. 92.9). Die Führung der ukrainischen außenpolitischen Tätigkeit liegt in der Hand des Präsidenten, der den ukrainischen Staat in den internationalen Beziehungen vertritt, Verhandlungen führt und die internationalen Verträge der Ukraine schließt (Art. 106.3). Zugleich nimmt er die Führung in den Bereichen der nationalen Sicherheit und der Verteidigung der Ukraine wahr (Art. 106.17). Die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen außenpolitischen Linie durch den Präsidenten wird vom Sekretariat des Präsidenten, in das die bisherige Präsidentialadministration unbenannt wurde, vorbereitet.

Das Ministerkabinett gewährleistet die Durchführung der ukrainischen Außenpolitik (Art. 116.1). Für die operative Realisierung der außenpolitischen Linie ist das Außenministerium zuständig. Der Außenminister wird – wie die übrigen Minister – auf Vorschlag des Premierministers vom Präsidenten ernannt (Art. 114, Abs. 3) und untersteht ihm direkt. Nach dem Inkrafttreten der Verfassungsreform vom 8. Dezember 2004 am 1. September oder am 1. Ja-

nuar nächsten Jahres – das hängt von der Verabschiedung des zweiten Reformpakets durch das Parlament ab - ernennt das Parlament den Außenminister auf Vorschlag des Präsidenten.

Eine gewisse Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß spielt der Rat der nationalen Sicherheit und Verteidigung, der die bewaffneten Strukturen koordiniert und dessen Vorsitz der Präsident innehat (Art. 106.18). Dieser Rat hat aber nicht die Bedeutung wie der Sicherheitsrat in Rußland. Nicht von der Hand zu weisen ist der außenpolitische Einfluß des ukrainischen Auslandsnachrichtendienstes (Glavnoe upravlenie razvedki), der – wie früher beim KGB – Teil des ukrainischen Sicherheitsdienstes ist und nicht – wie in Rußland – ein eigener Dienst.

Bei der Amtseinführung des neuen ukrainischen Außenministers Borys Tarasjuk erklärte Juschtschenko am 8. Februar, daß die ukrainische Außenpolitik ausschließlich vom Außenministerium formuliert werde und nicht vom Sekretariat des Präsidenten oder vom Rat der nationalen Sicherheit und Verteidigung. Diese politische Aufwertung des Außenministeriums kann sich aber nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten für die außenpolitische Verantwortung bewegen.

Der Direktor des Ukrainischen Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschungen (Rasumkow-Zentrum), Walerij Tschalyj, moniert die mangelnde Koordinierung der Außenpolitik und die unklaren außenpolitischen Zuständigkeiten des Rats der nationalen Sicherheit und Verteidigung. Er kritisierte die ungenügende Vorbereitung der ersten beiden Präsidentenreisen nach Moskau und Straßburg. Juschtschenkos Erklärungen, vor allem über den raschen Beitritt zur Europäischen Union, seien nicht genügend durchdacht und nicht von Experten vorher abgeklärt gewesen.

Die Hauptrichtungen der ukrainischen Außenpolitik

Die Hauptrichtungen der ukrainischen Außenpolitik und damit auch ihr Problem werden durch die geographische Lage des Landes und seine Grenzen bestimmt: Im Osten grenzt die Ukraine in Rußland und im Westen an die Europäische Union.

Europäische Union

Der neue ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko gewann am 26. Dezember 2004 die Wiederholung der gefälschten Stichwahl vor allem wegen seines außenpolitischen Kurses in Richtung EU-Mitgliedschaft seines Landes. Er konnte glaubhaft machen, daß er das bisherige

Oszillieren der ukrainischen Außenpolitik zwischen Moskau und Brüssel beenden und nicht mehr „nach Brüssel blinken und nach Moskau abbiegen« will. In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, in den die Ukraine 1995 aufgenommen worden war, betonte er - zwei Tage nach seiner Vereidigung - am 25. Januar in Straßburg, daß die EU-Mitgliedschaft das strategische Ziel der Ukraine sei, das mit Hilfe eines Fünfjahresplans erreicht werden soll. Am 8. März fügte er vor dem Deutschen Bundestag in Berlin hinzu, daß die Ukraine ein „unentbehrlicher Teil des vereinten Europa und der europäischen Völkerfamilie“ sei

An die Stelle der rein deklaratorischen Integrationspolitik Kutschmas ist ein pragmatischer Ansatz getreten, der die eigene Reformbereitschaft betont und maximalen Nutzen aus den EU-Kooperationsprogrammen ziehen will. In ihrer Regierungserklärung am 4. Februar kündigte die neue Premierministerin Julija Tymoschenko an, zusammen mit der EU eine neue Strategie der Beziehungen ihres Landes zur EU zu entwickeln, welche die Perspektive einer Mitgliedschaft des Landes in der Union einschließt.

Erste Schritte in Richtung Europa sind bereits bei der Besetzung einiger Regierungsposten unternommen worden. So wurde die Zuständigkeit für Europa vom Wirtschaftsministerium abgetrennt, um Abteilungen des Außenministeriums »angereichert« und in den Rang eines Stellvertretenden Regierungschefs erhoben. Dieses Amt übertrug Juschtschenko Oleh Rybatschuk, der den Westen aus Erfahrung kennt. Er nahm Mitte der 90er Jahre an einem achtmonatigen Austauschprogramm in den USA und in Großbritannien teil. Rybatschuk ist für die Koordinierung der Europapolitik der Regierung zuständig. Zu diesem Zweck wurde in jedem Ministerium der Posten eines Vizeminister für Europafragen geschaffen, der direkt Rybatschuk untersteht. Rybatschuk kündigte darüber hinaus die Einrichtung von »Abteilungen für europäische Integration« in allen Ministerien an. Diese sollen für die Umsetzung des EU-Ukraine-Aktionsplans in ihren jeweiligen Ressorts zuständig sein. Auch die Wiederernennung des als europafreundlich bekannten ehemaligen Außenministers Borys Tarasjuk, der bisher den Europaausschuß des Parlaments leitete, unterstreicht die EU-Ambitionen der neuen Regierung.

Der noch mit der Vorgängerregierung ausgehandelte EU-Ukraine-Aktionsplan (ohne Beitrittsperspektive) wurde am 21. Februar von beiden Seiten in Brüssel unterzeichnet. Er enthält 15 Reformvorschläge in einer Vielzahl von Bereichen. Die EU fordert von der Ukraine u.a. die Durchführung der Parlamentswahlen im März 2006 nach OSZE-Standards, die Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Stärkung der Stabilität und Effektivität der demo-

kratischen Institutionen und des Rechtsstaats, die Verbesserung des Investitionsklimas, den Kampf gegen Korruption, den effizienteren Umgang mit öffentlichen Geldern sowie Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen. Daneben stellt der Aktionsplan eine engere Kooperation im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit der Europäischen Union sowie Verhandlungen über eine Freihandelszone in Aussicht.

Der sehr allgemein formulierte Aktionsplan wurde durch einen Zehn-Punkte-Plan zur Aufwertung der Beziehungen zur Ukraine ergänzt, den Ende Januar die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und der Hohe EU-Vertreter für die GASP, Javier Solana, vorstellten und der auf der Sitzung des EU-Ukraine-Kooperationsrats am 21. Februar in Brüssel angenommen wurde. Er enthält folgende Elemente:

- ▶ Angebot eines neuen, „verstärkten Abkommens“ (*upgraded agreement*) nach dem Auslaufen des derzeitigen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der EU mit der Ukraine im Jahr 2008;
- ▶ Schaffung eines hochrangigen Forums für den Energiedialog;
- ▶ Verhandlungen über ein vereinfachtes Visaregime;
- ▶ besserer Zugang der Ukraine zu Geldern der Europäischen Investitionsbank;
- ▶ Anpassung des EU-Ukraine-Aktionsplans schon Anfang 2006 im Falle substantieller Fortschritte bei dessen Implementierung.

In seiner Rede vor dem Europaparlament am 23. Februar betonte Juschtschenko in Straßburg, man habe zwar den Aktionsplan im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik unterschrieben, sehe die neue Nachbarschaftspolitik aber nicht als adäquate Basis der Beziehungen an, da sich die Ukraine als Teil Europas, nicht als deren Nachbar, betrachte. Trotz anfänglicher Skepsis hofft die neue Regierung, durch die rasche Umsetzung des Plans die eigene Gesetzgebung an EU-Standards anzupassen und somit die Ernsthaftigkeit der eigenen EU-Ambitionen zu demonstrieren.

Während Juschtschenko im Januar noch ankündigte, innerhalb weniger Wochen einen Mitgliedschaftsantrag zu stellen, wird nun offiziell von einem Antrag in den nächsten sechs Monaten gesprochen. Möglicherweise wird Kiew aber 2006 nach der Parlamentswahl warten, da die im Januar kommenden Jahres einsetzende österreichische Ratspräsidentschaft den ukrainischen Ambitionen gewogener gilt als die britische der zweiten Jahreshälfte 2005. Außerdem hätte ein Aufnahmeantrag mehr Gewicht, wenn die neue Regierung bereits konkrete innenpolitische Reformerfolge vorweisen könnte.

Die Ukraine erwartet demnächst die Zuerkennung des Status' einer Marktwirtschaft und Ende dieses Jahres die WTO-Mitgliedschaft. Der neue ukrainische Verteidigungsminister Anatolij Hrizenko möchte die Ukraine an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Teil von GASP ist, beteiligen.

Juschtschenko möchte auch noch in diesem Jahr Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU beginnen. Dem sollen Verhandlungen über vereinfachte Visumsbestimmungen für Studenten, Journalisten sowie Diplomaten, Fortschritte im Energiedialog und die Modernisierung der ukrainischen Grenzen mit EU-Unterstützung folgen. Um die Offenheit der Ukraine zu demonstrieren, wurde im Vorfeld des „Eurovision Song Contests“ in Kiew ab 1. Mai 2005 für vier Monate einseitig die Visumpflicht für EU-Bürger abgeschafft. Diesem Beispiel hat sich inzwischen aus Georgien angeschlossen.

Des Weiteren will die Ukraine ihre führende Rolle beim Transit von Energieträgern aus Rußland und aus den anderen GUS-Staaten nach Westeuropa ausbauen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen EU-Ländern bei der Realisierung des Projekts des Transeuropäischen Transportkorridors aktivieren. Juschtschenko möchte die 674 km lange Odessa–Brody-Pipeline für den Transport von Öl vom Kaspischen Meer nach Westeuropa nutzen, was Kiew ursprünglich der EU zugesagt hatte, und nicht für die Durchleitung russischen Öls in umgekehrter Richtung, was Kutschma Moskau versprochen hatte und was TNK-BP zur Zeit praktiziert. Die Ukraine erhält 2 Mrd. \$ von der Deutschen Bank und 250 Mio. \$ von der Europäischen Investitionsbank, um ihre Transitkapazitäten verbessern zu können. Rybatschuk sprach mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung über die Finanzierung des Weiterbaus der Erdölpipeline vom der ukrainischen Grenzstadt Brody zur polnischen Raffinerie in Plock und zum Ölterminal in Danzig.

Nach der demokratisch durchgeführten Parlamentswahl im März 2006 möchte die Ukraine nach Aussage ihres Außenministers Borys Tarasjuk vom 27. April mit der EU die Verhandlungen über die Assoziierung des Landes beginnen. Um die Integration in die EU zu beschleunigen, will die Ukraine ihren Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedern des Baltikums und Zentral-Osteuropas, die sich besonders für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine einsetzen, neue Impulse geben.

Nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Franzosen und die Holländer und die Absage des Referendums durch die Briten dominiert in der Ukraine bezüglich des EU-Beitritts des Landes Ernüchterung. Kiews Drängen auf eine EU-Mitgliedschaft muß vor dem Hinter-

grund gesehen werden, daß eine Zurückweisung des Beitrittswunsches durch Brüssel nicht nur dazu führen würde, daß der Reformprozeß in der Ukraine versickert, sondern daß dann das Land in einem Maße an die Seite Rußlands gedrängt würde, das über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht. Und dies würde in Moskau zu einer Stärkung imperialer Tendenzen führen. Doch Putin erklärte Mitte März in Kiew, daß er es nicht für richtig halte, die Entwicklung der Ukraine in Richtung Europa zu behindern.

Rußland

Die Beziehungen der Ukraine zu Rußland sind eine der schwierigsten Aufgaben der ukrainischen Außenpolitik. Hinzu kommt, daß das Thema Rußland-Ukraine von beiden Seiten emotional belastet ist: Im allgemeinen fällt es einem Russen schwer, nur rational über die Ukraine zu denken und zu reden wie umgekehrt einem Ukrainer über Rußland.

Bedacht werden müssen auch regionale Unterschiede. Die politischen Vorstellungen der Bevölkerung in den ukrainischen Ostgebieten werden von den dortigen Oligarchen gebildet und in deren regionalen Medien transportiert. Die Mehrheit dieser Oligarchen ist in Branchen aktiv, die von Rußland abhängig sind oder in denen sie auf Zusammenarbeit mit Rußland angewiesen sind. Sie haben zwar viel mit den russischen Oligarchen gemeinsam, sind aber weniger kapitalstark. Gegenüber Rußland betreiben sie eine dialektische Politik: Kooperation mit der nötigen Distanz. In den ukrainischen Westgebieten schaut die Bevölkerung dagegen nicht nach Rußland, sondern nach Europa.

Trotz der massiven Einmischung Putins in den ukrainischen Wahlkampf zum Nachteil von Juschtschenko durch die beiden Reisen Putins in die Ukraine am 12. und am 17. November und durch die Bezahlung der Wahlkampagne von Janukowytsch in Höhe von 200 Mio. \$ durch GASPOM, unternahm Juschtschenko seine erste Auslandsreise am nächsten Tag nach seiner Inauguration am 24. Januar nach Moskau. Durch diese Reise zeigte der neue ukrainische Präsident, daß für ihn die nationalen Interessen wichtiger sind als persönliche Kränkungen und Emotionen, die er haben könnte, vor allem wenn er an den Versuch denkt, ihn während des Wahlkampfs zu vergiften, der wohl ohne russische Mithilfe nicht hätte zustande kommen können. In Moskau bezeichnete er Rußland als "ewigen strategischen Partner" der Ukraine.

Nach dem kühlen Treffen im Januar in Moskau war das Treffen am 19. März in Kiew schon etwas wärmer. Putin legte einen kurzen Zwischenstopp in Kiew auf dem Weg von Paris nach Moskau zu einer Art Versöhnungsgipfel ein. Die Gespräche seien „sehr wohlwollend und

höchst konstruktiv“ gewesen, sagte Putin. „Wir haben keine Fragen gefunden, bei denen wir uns nicht verstehen würden“, antwortete Wiktor Juschtschenko. Aus der vorher schon geschriebenen Presseerklärung strich Putin den Satz, die beiden Seiten sähen gewisse Probleme unterschiedlich. Juschtschenko, der Russisch sprach, lud Putin auf seine Datscha ein.

Während des Besuchs ging es u.a. um die Bildung eines russisch-ukrainischen Konsortiums für den Transport des russischen Erdgases nach Westeuropa. Dazu sollen französische, deutsche und italienische Unternehmen hinzugezogen werden. Durch die Einbeziehung europäischer Partner in das Gaskonsortium soll dieses Vorhaben laut Putin „transparenter und ziviler“ werden. Juschtschenko konnte Putin auch bezüglich der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol beruhigen. Zum Thema Einheitlicher Wirtschaftsraum erklärte Juschtschenko, daß dabei das wichtigste Ziel die Bildung einer Freihandelszone sei.

Die beiden Präsidenten Wladimir Putin und Wiktor Juschtschenko gründeten die zwischenstaatliche Kommission für Zusammenarbeit "Putin-Juschtschenko", die folgende vier Unterkommissionen haben wird: für Verteidigung, für Außenpolitik, für wirtschaftliche und für humanitäre Zusammenarbeit. Um dieser Kommission größeres politisches Gewicht zu geben, wird sie von den beiden Präsidenten geleitet. Ihr gehören die Premierminister und die Verteidigungs-, Außen-, Bildungs- und Wissenschaftsminister an sowie die Leiter entsprechender Komitees und Unterkomitees.

Juschtschenko war zum zweiten Mal in Moskau am 9. Mai anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes. Bei dieser Gelegenheit sprach er nicht nur mit Putin, sondern auch mit dem turkmenischen Staatschef Saparmurat Nijasow. Juschtschenko schlug vor, daß die Ukraine, Rußland und Turkmenien drei Länder ein Gaskonsortium bilden.

Mitte März traf sich Juschtschenko mit russischen Großunternehmern und beruhigte die Vertreter von Betrieben der Öl- und Stahlindustrie mit der Erklärung, er wolle auch weiterhin den Kapitalzufluß aus Rußland fördern. Die Ukraine wickelt 19 % ihres Exports und 35 % ihres Imports mit ihrem östlichen Nachbarn ab. Damit rangiert Rußland an zweiter Stelle nach der EU, mit welcher die Ukraine eine Exportquote von 32 % und eine Importquote von 39 % hat. Der Warenaustausch mit Rußland umfaßte 2004 17 Mio. \$.

Die Ukraine hängt zu 2/3 von russischen Energielieferungen ab. Auf der anderen Seite ist Rußland auf die Ukraine angewiesen, denn durch das Land laufen wichtige Pipelines zum Transport von Gas nach Westeuropa. Im letzten Jahr von Präsident Leonid Kutschma war es Rußland gelungen, einen großen Teil des Öl- und Gashandels der Ukraine mit der entspre-

chenden Infrastruktur unter seine Kontrolle zu bringen. 2004 wurden entsprechende quasigeheimer Vertrag von der ukrainischen staatlichen Firma Ukrtransnafta mit der russischen staatlichen Pipelinefirma Transneft geschlossen. Laut diesem Vertrag legt Transneft die zum Rohrnetz zugelassenen Kunden und die Transportmengen des Öltransits durch die Ukraine fest. Ukrtransnafta verbleibt nur noch die Aufgabe der technischen Abwicklung. Rußland besitzt außerdem inzwischen 80 % der erölverarbeitenden Betriebe, zudem fast alle privatisierten Buntmetallwerke und eines der beiden Telekommunikationsnetze der Ukraine.

Die Wirtschaftsinteressen einiger russischer Unternehmen stimmen nicht immer mit den außenpolitischen Interessen des Kreml überein, was die neue ukrainische Führung ausnutzt. So begrüßen - im Gegensatz zu den Gas- und Ölfirmen - russische Firmen anderer Branchen, daß unter Juschtschenko mit dem Insiderkapitalismus Schluß sein soll. Sie rechnen sich Chancen aus, daß sie im Rahmen der Neuprivatisierung von unter Wert verkauften staatlichen Firmen diese erwerben können, wenn sie tatsächlich an den Meistbietenden verkauft werden. Das Negativbeispiel ist „Kryvorischstal“. Im Juni 2004 wurde dieses größte Stahlwerk der Ukraine, das ein Fünftel des ukrainischen Stahls herstellt, verkauft. Der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma bestand darauf, daß es für 1 Mrd. \$ ausgeschrieben wird. Verkauft wurde es aber für nur 800 Mio. \$ an ein Konsortium ukrainischer Unternehmer, hinter dem Rinat Achmetow, der Anführer des Donezker Clans, zu dem auch Premier Wiktor Janukowytch gehört, und der Schwiegersohn Kutschmas, Wiktor Pintschuk, stehen. Kaufen wollte das Metallkombinat die russische Firma „Severstal“, die dem Oligarchen Aleksej Mordaschow gehört, die bereit war, 1 Mrd. \$ zu zahlen und immer noch dazu bereit ist. Im April erklärte ein Kiewer Gericht den damaligen Verkauf für ungültig, was durch das Berufungsgericht bestätigt wurde. Bei der erneuten Versteigerung hätten russische Firmen sowie die amerikanische Firma US Steel eine reale Aussicht der Ersteigerung.

Julija Tymoschenko, die von Juschtschenko unmittelbar vor seinem Abflug nach Moskau zur Regierungschefin ernannt und von der Werchowna Rada am 4. Februar in diesem Amt mit überwältigender Mehrheit bestätigt wurde, gelegentlich russische Unternehmen als Verbündete im Kampf gegen ukrainische Oligarchen einzusetzen, die mit Kutschma verbunden waren. Das ist der Fall, wenn russische Geschäftsleute Ansprüche an Firmen ukrainischer Clanchefs haben. Sie unterstützt dann den russischen Geschäftsmann, um den ukrainischen Oligarchen zu schwächen.

Der russische Generalsstaatsanwalt Wladimir Ustinow warf am 12. April Tymoschenko vor, Rußland einen Schaden von 100 Mio. \$ zugefügt zu haben, als sie mehrere hohe Mitarbeiter

des Verteidigungsministeriums bestochen habe. Im vergangenen September war sie von der russischen Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert worden, in Moskau darüber auszusagen. Als sie sich weigerte, wurde sie auf die Fahndungsliste von Interpol gesetzt. Nach ihrer Ernennung zur Regierungschefin hat Interpol nach Aussage des Chefs des russischen Interpol-Büros, Timur Lachonin, gegenüber der russischen Zeitung „Kommersant“ Tymoschenkos Namen auf der Liste suspendiert, aber nicht gestrichen. Sobald sie nicht mehr Regierungschefin sei, werde ihr Name wieder aktiviert. Nach Aussage von Ustinow wäre die Regierungschefin Tymoschenko in Moskau nicht verhaftet worden.

Nach der Erklärung des russischen Generalstaatsanwalts von Anfang April, daß der Haftbefehl nach ihr nicht aufgehoben, sondern nur ausgesetzt sei, sagte Tymoschenko ihre für den 15. und 16. April geplante Moskaureise ab. Mit ihrem russischen Kollegen Michail Fradkow wollte sie die Haltung der Ukraine zum Einheitlichen Wirtschaftsraum und zur GUS darlegen sowie Fragen zur Verbesserung der Zollpolitik besprechen. Sie begründete ihre Absage gegenüber der sehr angesehenen ukrainischen Wochenzeitung „Zerkalo nedeli“ („Wochenspiegel“) mit ihrem vollen Terminplan und der bevorstehenden Aussaat (!). Sie werde aber vor der Ernte bestimmt Zeit finden, das Versäumte nachzuholen. Im übrigen hoffe sie, daß Rußland lerne, andere Länder zu respektieren. Der russische Außenminister Sergej Lawrow entgegnete, daß die ukrainisch-russischen Beziehungen über jegliche Art politischer Fluktuation erhaben seien.

Im Öl- und Gasbereich ging Tymoschenko inzwischen in Konfrontation zu russischen Unternehmen. Im ersten Quartal 2005 reduzierten die russischen Ölfirmen ihre Lieferungen an die Ukraine um 23,6 %. Zum Konflikt mit ihnen kam es im April, als über Nacht die Benzinpreise um 10 bis 15 % stiegen. Tymoschenko warf den beiden großen russischen Ölfirmen, die 80 % des in der Ukraine verkauften Benzins liefern, Kartellabsprachen vor. Die Regierungschefin führte Preisobergrenzen ein und verbot den Export von Benzin und Diesel. Die Ölfirmen reagierten mit einer weiteren Reduzierung ihrer Öllieferungen, was im Mai zu Benzinmangel in der Ukraine führte. Präsident Juschtschenko kritisierte die dirigistischen Maßnahmen der Premierministerin, die dann auch sofort von ihr wieder zurückgenommen wurden.

Rußland versucht, die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Energielieferungen auszunutzen. Am 7. Juni forderte der Vorstandsvorsitzende von GASPROM, Aleksej Miller, vom Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens NATFTOHAS Ukrainy, Oleksij Iwtschenko, in Moskau die Bezahlung der europäischen Gaspreise, d.h. von 160 \$ pro 1.000 m³ Gas. (Der russische Basispreis für die GUS-Länder beträgt 80 \$.) Derzeit bezieht die Ukraine 23 Mrd. m³

Gas zum Preis von 50 \$ pro 1.000 m³ als Entgelt für den Transit von russischem Gas nach Westeuropa. (Wenn die Ukraine für den Gastransit europäische Preise fordern würde, was sie sich vorbehält, wären das 2,73 bis 2,80 \$ pro 1.000 m³ und 100 km. Zur Zeit zahlt Rußland 1,09 \$.)

Miller verlangte von seinem ukrainischen Kollegen 1,25 Mrd. \$ für 7,8 Mrd. m³ Gas, das GASPROM während der "orangenen Revolution" an die Ukraine geliefert hatte und das dann in den unterirdischen Gasdepots in der Ukraine "verlorengegangen" war. Die Ukraine entgegnete, daß das Gas nicht verschwunden sei, sondern daß es nur technische Schwierigkeiten gebe, dieses Gas für den Verbrauch zugänglich zu machen, und bot GASPROM Kompensation an, die als unzureichend abgelehnt wurde. Der Vorsitzende des GASPROM-Aufsichtsrats ist der Leiter der Präsidialadministration, Aleksandr Medewdew. Er bestand am 10. Juni auf der Bezahlung dieses Gases. Inzwischen hat in dieser Angelegenheit Putin mit Juschtschenko telefoniert.

Miller forderte Iwtschenko auf, die Zukunftslosigkeit des Gastransportkonsortiums Rußland, Ukraine und Deutschland offiziell einzugestehen und dieses Unternehmen zu liquidieren. Sein Lieblingsthema, die Beteiligung der Ukraine am Unternehmen RosUkrEnergo, welches das turkmenische Gas in die Ukraine transportiert, sowie seine Pläne für den Einkauf von turkmenischem Gas für 2007, wagte Iwtschenko angesichts der verhärteten russischen Haltung gar nicht erst anzusprechen.

Juschtschenko versucht, die Ukraine aus der Energieabhängigkeit von Rußland zu lösen. Bei seinem Besuch in der kasachischen Hauptstadt Astana am 30. Mai konnte er leider nicht erreichen, daß Kasachstan der Ukraine Öl liefert. Der kasachische Präsident betonte, daß diese Frage „unbedingt gemeinsam mit Rußland entschieden“ werden müsse. Schließlich sei Rußland Transitland für die Erdöltransporte. Nursultan Nasarbajew äußerte allerdings sein Interesse am Weiterbau der Pipeline Odessa-Brody und erklärte die Bereitschaft seines Landes, in dieses Projekt als Aktionär einzusteigen.

Aus Turkmenien bezieht die Ukraine jährlich 36 Mrd. m³ Gas. Doch im vergangenen Winter setzte der turkmenische Präsident Nijasow die Ukraine unter Druck und lieferte solange kein Gas, bis Kiew den von ihm geforderten neuen Gaspreis von 58 \$ pro 1.000 m³ statt der bisherigen 44 \$ bezahlte. Am 22. und 23. März besuchte Juschtschenko die turkmenische Hauptstadt Aschabad. Im Gespräch mit Nijasow konnte er erreichen, daß der neue Gaspreis von 58 \$ langfristig festgeschrieben wird. Außerdem schlug er ein 25-Jahres-Abkommen vor, das

Turkmenistan prinzipiell akzeptierte, aber noch nicht formalisierte. Turkmenien möchte seine Gasgewinnung bis 2009 von zur Zeit 55 Mrd. m³ auf 120 Mrd. m³ erhöhen. GASPROM-Chef Aleksej Miller bezeichnete diese als Wunschdenken. Er bezweifelt, daß Turkmenistan seine Gasförderung mehr als verdoppeln kann, weil dafür deren Vorräte nicht ausreichen.

Unterhalb der Präsidentenebene geht es zwischen Rußland und der Ukraine hart zu: Die Moskauer Ausgabe der auflagenstärksten russischen Tageszeitung "Komsomolskaja pravda" rief am 2. Juni zum Boykott von Waren aus gegenüber Rußland "unfreundlichen" Staaten auf. Statt auf Sanktionen der Regierung zu warten, sollten keine Waren aus den Baltischen Staaten, der Ukraine, Georgien, Moldova und Polen gekauft werden. Zu diesem Zweck veröffentlichte die Zeitung die bar-codes dieser Länder, damit deren Waren besser identifiziert werden können. Am 8. Juni kündigte die russische National Reserve Corporation, der Investment"arm" der russischen National Reserve Bank, an, in der Ukraine alle Investitionen auszusetzen, so lange das schlechte Businessklima mit widersprüchlichen Äußerungen der Regierung andauert.

Juschtschenko will *mit* Rußland, aber nicht unter Rußland leben. Vor Studenten erklärte er am 12. April in Warschau, daß wir mit dem russischen Nachbarn "verständlich, ehrlich und offen leben" wollen. Die Ukraine braucht zwar Rußland als Energielieferant, aber Rußland braucht auch die Ukraine als Monopolist für ihre Energieausfuhr nach Westeuropa.

Kiew hat erkannt, daß es für die Ukraine keine Perspektive einer schnellen Aufnahme in die EU gibt. Ein Teil der Juschtschenko-Mannschaft unternimmt jetzt Schritte, die Möglichkeit einer Integration in Richtung Osten nicht zu verbauen. Das eröffnet Rußland neue Chance für die Verbesserung seiner Beziehungen zur Ukraine. Bei seinem Polenbesuch betonte Juschtschenko Mitte April, daß die Ukraine nur dann bereit sei, über den Einheitlichen Wirtschaftsraum zu verhandeln, wenn es die Europaintegration der Ukraine nicht störe und wenn es dort keine übernationalen Strukturen gebe.

Angesichts der zunehmend autoritären Tendenzen in Rußland kann sich die Ukraine zum demokratischsten Land in der GUS entwickeln.

GUUAM

Kiew versucht, die GUUAM, die sich den russischen Vorstellungen und Wünschen völlig entzieht und sich an den europäischen Normen und Werten orientiert, zu aktivieren und dabei die Führungsrolle übernehmen, von den USA im Hintergrund gestützt. Die Ukraine verfügt

nach den Worten ihres Außenministers aufgrund ihres Potentials und ihrer geographischen Lage über die Grundlagen dafür, eine regionale Führungsmacht zu sein.

Am 22. April nahm Juschtschenko am GUUAM-Gipfel in der moldauischen Hauptstadt Chişinău teil, nachdem er einen Tag vorher zu einem Arbeitsbesuch in Bukarest geweiht hatte. Zum GUUAM-Gipfel waren außer den Präsidenten der GUUAM-Staaten – nicht Usbekistans, das sich schon seit drei Jahren aus der aktiven Arbeit der GUUAM zurückgezogen hat - zum ersten Mal als Beobachter der rumänische Präsident Traian Basescu und sein litauischer Kollege Valdas Adamkus angereist. Ursprünglich wollte auch der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski den Gipfel beobachten, doch er kam nicht nach Chişinău. Als Beobachter nahmen ferner Steven Mann als Vertreter des State Departments der USA und der OSZE-Generalsekretärs Jan Kubis teil. Den GUUAM-Vorsitz übergab der georgische Präsident Michail Saakaschwili an den moldauischen Präsidenten Michail Voronin.

Die Teilnehmer unterschrieben die Deklaration von Chişinău „Im Namen von Demokratie, Stabilität und Entwicklung“, in der sie sich zu den europäischen Werten bekannten und ihr Streben ausdrückten, an der europäischen Integration teilzuhaben. Gleichzeitig wollen sie die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil mit den USA fortsetzen. Sie sind erstmals entschlossen, auch militärisch und politisch zusammenzuarbeiten und sich an Peacekeeping-Operationen zu beteiligen. Sie fordern den Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien, begrüßen den ukrainischen Plan zur Lösung dieses Konflikts und wollen die internationale Gemeinschaft zur Lösung der Konflikte in Georgien (die Abtrennungsbestrebungen von Abchasien und Südossetien) und in Aserbajdschan (Berg-Karabach-Konflikt) aktivieren. Die GUUAM-Staaten wollen ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Extremismus, der organisierten Kriminalität, des Drogen- und Waffenhandels, des Menschenschmuggels, der Geldwäsche sowie der Korruption verstärken.

Sobald wie möglich soll eine Freihandelszone eingerichtet werden, und die Energieressourcen des Kaspischen Meeres sollen über das Territorium der Mitgliedsstaaten dem europäischen Markt zugeführt werden. Die GUUAM-Staaten verpflichten sich, die Herrschaft des Rechts sowohl in ihren inneren als auch in den außenpolitischen Angelegenheiten anzuerkennen und die Menschenrechte zu achten. Ferner wollen sie in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur, Tourismus und Sport zusammenarbeiten.

Die GUUAM-Staaten wollen sich allmählich zu einer Region demokratischer Stabilität und Sicherheit entwickeln. Die Präsidenten intensivierten ihre Bemühungen in Richtung einer

Institutionalisierung der GUUAM. Zu diesem Zweck wurden die Außenminister beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu bilden.

Juschtschenko forderte die Türkei auf, der GUUAM zumindest als Beobachter beizutreten. Die Türkei könnte bei der Umsetzung mehrerer Energieprojekte der Schwarzmeeranrainer helfen. Es wird deutlich, daß das Schwarze Meer immer mehr den geographischen Rahmen abgeben soll für eine erweiterte GUUAM.

Die Ukraine ist nicht Mitglied der GUS, dessen Statut sie nicht unterschrieben hat, nimmt aber an der Arbeit der mit Argwohn betrachteten, weil unter russischer Führung stehenden GUS teil. Die ukrainische Regierungschefin Tymoschenko reiste am 3. Juni zum Treffen der GUS-Regierungschefs in die georgische Hauptstadt Tiflis, das nur 100 Minuten dauerte. Als einzige lehnte sie die Unterzeichnung des wichtigsten Dokuments des Treffens, des Protokolls über die schrittweise Abschaffung von Beschränkungen im Handel zwischen den GUS-Staaten ab, weil deren Aufhebung weitaus früher als zu dem vereinbarten Jahr 2012 erfolgen könnte. Die Regierungschefs wählten den russischen Premier Michail Fradkow zu ihrem Vorsitzenden. Ende August wollen sie in Moskau über eine strukturelle Reform der GUS in den drei wichtigen Bereichen Wirtschaftsintegration, Humanitäres und Sicherheit sprechen.

Transnistrien

Durch den Regimewechsel in Kiew fällt jetzt der Ukraine die Schlüsselrolle zur Lösung des Transnistrienkonflikts zu, denn Transnistrien grenzt an die Ukraine, nicht an Rußland. Die Ukraine kann somit den Zugang zu diesem Gebiet von außen kontrollieren. Rußland bietet nicht die Lösung des Transnistrienproblems, sondern ist das Problem durch seine dort stationierten Truppen, die – bisher - keine Anstalten machen abzuziehen.

Juschtschenko erzielte mit dem moldauischen Präsidenten Wladimir Voronin Übereinstimmung darüber, daß der Transnistrienkonflikt nur mit politischen Mitteln gelöst werden kann. Beide Präsidenten schickten gemeinsame Briefe an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und an den Hohen Beauftragten für GASP, Javier Solana, in denen sie um technische Hilfe bei der Sicherung der ukrainisch-moldauischen Grenze und bei der Wiedererrichtung des Monitoring am transnistrischen Teil dieser Grenze ersuchen.

Juschtschenko stellte auf dem GUUAM-Gipfel am 22. April in Chişinău einen Plan zur Lösung des Konflikts vor, den sein Außenminister Borys Tarasjuk ausgearbeitet hatte und der von den Gipfelteilnehmern erst einmal kühl aufgenommen wurde, weil sie vorher nicht kon-

sultiert worden waren. Er sieht vor, daß in Transnistrien bis Ende 2005 unter der Aufsicht der EU, der OSZE, Rußlands und den USA freie und demokratische Wahlen zum Obersten Sowjet Transnistriens stattfinden. Tiraspol soll die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Parteiensystems und die Herausbildung einer Zivilgesellschaft schaffen. Die von Rußland, Moldova und Transnistrien 1992 geschaffene Friedensoperation soll in einen internationalen Mechanismus militärischer und ziviler Beobachter umgewandelt werden. Kiew erklärte sich bereit, sein Kontingent von Beobachtern zur Überwachung von Waffenproduzenten in Transnistrien zu erhöhen und internationaler Kontrolle zu unterstellen. Die Ukraine ist bereit, auf ihrem Territorium die kurzfristige Stationierung internationaler Missionen zum Monitoring von Bewegungen von Lastkraftwagen und Personen über die moldawisch-ukrainische Grenze und auf dem 454 km langen transnistrischen Teil zuzulassen.

Mitte Mai trafen sich Vertreter von Chişinău und Tiraspol in der ukrainischen Stadt Winnyza unter Teilnahme von Vermittlern aus Rußland, der Ukraine und von der OSZE, um über Juschtschenkos Plan zur Lösung des Transnistrienkonflikts zu diskutieren. Beide Seiten waren dem Plan gegenüber positiv eingestellt. Doch damit der Plan umgesetzt werden kann, benötigt er die Zustimmung Moskaus, das sich bisher dazu ausgeschwiegen hat. Das Hauptproblem dabei ist nach Meinung des Vorsitzenden des Komitees der russischen Staatsduma für internationale Angelegenheiten, Konstantin Kosatschew, daß Tiraspol gegen den Abzug russischer Truppen ist, weil diese die einzige Garantie gegen militärische Aktionen Chişinăus gegen Transnistrien sei. Am 10. Juni billigte das moldauische Parlament mit 95 % (96 von 101 Abgeordneten) den Juschtschenko-Plan, den der moldauische Präsident als "sehr interessant und vielversprechend" bezeichnete. Nach diesem überwältigendem Votum des moldauischen Parlaments dürfte Moskau nicht mehr umhinkönnen, sich demnächst zu diesem Plan zu äußern.

NATO

In der Frage des Beitritts zur NATO besteht in der Ukraine kein gesellschaftlicher Konsens. Die NATO wird von vielen als amerikanisch dominiertes Relikt des Kalten Krieges wahrgenommen. Das NATO-Thema spielte im Wahlkampf Juschtschenkos eine untergeordnete Rolle, und im Regierungsprogramm fehlt jeglicher Bezug zum nordatlantischen Bündnis.

Die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird nur von weniger als 30 % der Bevölkerung unterstützt. Im Unterschied dazu sind 50 bis 60 % der Ukrainer für einen EU-Beitritt. Ein weite-

rer Grund für die Zurückhaltung Juschtschenkos in Bezug auf den NATO-Beitritt ist, daß dies die Beziehungen zu Rußland belasten könnte.

Dennoch sind in den Beziehungen der Ukraine zur NATO raschere Fortschritte zu erwarten als in den EU-Ukraine Beziehungen. Am 21. Februar nahm Juschtschenko in Brüssel an der Sitzung der Kommission "Ukraine-NATO" teil. Die Teilnahme Juschtschenkos als einziger Präsident eines Nicht-Mitgliedsstaats am NATO-Gipfel am folgenden Tag in Brüssel symbolisiert eine veränderte Atmosphäre im Vergleich zu früheren Zeiten, als die Gipfel-Sitzordnung noch vom englischen ins französische Alphabet geändert werden mußte, damit der ukrainische und der amerikanische Präsident nicht nebeneinander sitzen mußten.

Nach Meinung des neuen ukrainischen Verteidigungsministers Anatolij Hryzenko - eines Zivilisten, der 1993 das Defence Language Institute des amerikanischen Verteidigungsministeriums und 1994 das U.S. Air War College absolviert hat - wird die Frage des NATO-Beitritts erörtert werden, nachdem die Ukraine alle Voraussetzungen dafür erfüllt hat: Stärkung der demokratischen Umbildung auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Exekutive und der Judikative, Wirtschaftswachstum und Bekämpfung der Korruption, Durchführung der Militärreform und Abbau des Negativimage der NATO bei der Bevölkerung. Folgerichtig kündigte Hryzenko zunächst eine Informationskampagne über die Tätigkeit des Bündnisses an. Das alles bedeutet, daß die Ukraine somit praktisch selbst den Zeitpunkt ihrer NATO-Aufnahme bestimmt.

Die ukrainische Regierung billigte am 13. April den Plan Ukraine-NATO für das Jahr 2005, und Ende April unterschrieb Juschtschenko die neue Verteidigungsdoktrin der Ukraine. Auf ihrer Konferenz in Vilnius am 21. April wurde die Ukraine von den NATO-Außenministern zu einem Intensiven Dialog über ihre Mitgliedschaft eingeladen. Diesem Dialog folgt im allgemeinen der Membership Action Plan (MAP), der eventuell zur Mitgliedschaft führt. In Vilnius bekam die Ukraine zwar keinen Beitrittsplan von der NATO vorgelegt, doch wurde sie zur Mitgliedschaft ermutigt. Nach Meinung von Außenminister Tarasjuk hat das Treffen in Vilnius gezeigt, daß es in der NATO zwar noch keinen Konsens über die Vorstufe zur Mitgliedschaft gebe, aber die NATO betreibe eine Politik der offenen Tür, die EU nicht.

Die Ukraine leistet einen militärischen Beitrag zu internationalen Friedenmissionen: So stehen ukrainische Truppen im Libanon, in Sierra Leone und auf den Golan Höhen. Die Ukraine wird sich am NATO-Manöver "Active Endeavour" im Mittelmeer beteiligen. Und sie be-

kommt von der NATO auch schon finanzielle Hilfe: in den nächsten zwölf Jahren 25 Mill. €, um 133.000 t leichte Waffen zu vernichten sowie einige neue zu beschaffen.

Die Ukraine hofft auf die NATO-Mitgliedschaft im Jahr 2008. Bis dahin wird das Land nach Aussage seines Außenministers Tarasjuk die dafür erforderlichen Reformen durchführen. Die Frage des Beitritts der Ukraine zur NATO und zur EU will Juschtschenko durch ein Referendum entscheiden lassen.

Doch die Ukraine kann solange nicht NATO-Mitglied werden, so lange sich auf ihrem Territorium ein russischer Militärstützpunkt befindet. Deshalb stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Abzug der russischen Schwarzmeerflotte aus Sewastopol. Kiew möchte, daß dies noch vor dem Auslaufen des Stationierungsabkommens 2017 erfolgt. Nach seinem Gespräch Mitte April in Moskau mit seinem russischen Kollegen Wiktor Iwanow erklärte Hryzenko, daß die russische Flotte vertragsgemäß bis 2017 in Sewastopol verbleiben werde. Zugleich betonte er allerdings, daß der NATO-Beitritt nicht zu den verhandelbaren Prioritäten ukrainischer Politik gehört. Iwanow erklärte Mitte Juni in einem Interview, daß Rußland eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine – wie auch Georgiens – nicht begrüßen würde.

Ein weiteres Problem muß die Ukraine noch vor dem NATO-Beitritt lösen: die Demarkierung der Seegrenzen mit Rumänien um die Insel Smynyj, was nicht so schwierig sein dürfte.

USA

Juschtschenko war das erste ausländische Staatsoberhaupt, dem der amerikanische Präsident George W. Bush nach seiner Inauguration gratuliert hat. Bush fügte hinzu, daß die Ukraine in den USA einen zuverlässigen Freund habe.

Seinen ersten Staatsbesuch in den USA machte Juschtschenko vom 4. bis 7. April. In seinem einstündiges Gespräch mit Bush, das fast doppelt so lange dauerte als geplant, ging es um die Festigung der ukrainisch-amerikanischen Beziehungen, um die Bekämpfung der Korruption in der Ukraine und um die Bereitschaft der USA, bei Stärkung der ukrainischen Rechtsschutzorgane zu helfen. Bush erklärte, daß er die Ukraine in der NATO sehen möchte. Nach Aussage Bushs will seine Administration vom Kongreß, vor dessen beiden Häusern – eine Auszeichnung - Juschtschenko sprach, 60 Mio. \$ erhalten zur Stützung der ukrainischen Wirtschaft.

In der gemeinsamen Erklärung ist von der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern und der Freundschaft zwischen beiden Völkern die Rede, von der friedlichen Lösung der

Konflikte in Georgien und Moldova und von der Unterstützung des Vorrückens der Freiheit in Länder wie Belarus und Kuba.

Juschtschenko möchte, daß endlich der Kongreß das Jackson-Vanick-Amendment aufhebt. Es war 1974 von den USA verabschiedet worden und begrenzt den Umfang des Handels mit den Ländern des kommunistischen Blocks, die keine Emigration zulassen, vor allem von Juden. Bush sagte seine Unterstützung zu.

Der schrittweise Abzug der 1.600 ukrainischen Soldaten aus dem Irak, die durch Instruktooren, Diplomaten und Zivilisten ersetzt werden, führte nicht zur Verstimmung zwischen den USA und der Ukraine. Bush erklärte dazu, daß Juschtschenko dies in seinem Wahlkampf versprochen habe und er das verstehe.

Fazit und Prognose

Auch unter dem neuen ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko bewegt sich die ukrainische Außenpolitik aufgrund der geographischen Lage des Landes zwischen den beiden Polen Rußland und der Europäischen Union. Doch im Unterschied zu Leonid Kutschma biegt Juschtschenko nach Brüssel auch ab, wenn er vorher nach Brüssel geblinkt hat.

Das oberste außenpolitische Ziel der Ukraine ist ihr Beitritt zur EU und zur NATO. Während die NATO-Mitgliedschaft leichter zu erreichen ist, ist sie bei der Bevölkerung weniger populär als eine mögliche EU-Mitgliedschaft. Nach der Europaeuphorie der ersten Präsidentenwochen ist in dieser Frage inzwischen in Kiew eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Man ist sich darüber im klaren, daß eine EU-Mitgliedschaft ein längerer Prozeß sein dürfte, der eine Fülle von einschneidenden und deshalb unpopulären Reformen umfassen wird. Doch nur durch die Eröffnung einer europäischen Perspektive werden diese schmerzhaften Reformen von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Während Kutschma in vielen politischen Fragen Moskaus Vorstellungen folgte, hatte Kiew keine Schwierigkeiten, durch Insiderprivatisierung gelegentlich mit Erfolg russische Oligarchen vom ukrainischen Markt fernzuhalten, womit jetzt Schluß ist. Juschtschenko ist sich der engen wirtschaftlichen Verflechtung der ukrainischen mit der russischen Wirtschaft und der Energieabhängigkeit der Ukraine vom östlichen Nachbarn durchaus bewußt. Für ihn ist Rußland der „ewige strategische Partner“, aber eben Partner, mit dem er nur in gleicher Augenhöhe sprechen will. Juschtschenko verhandelt mit Rußland nicht mehr mit slawischer Sentimentalität oder Sowjetnostalgie, sondern aus der ukrainischen Interessenlage heraus. Das ist für

Moskau neu und noch ungewohnt. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland sind unter Juschtschenko nicht schlechter geworden, aber auch nicht besser.

Da der Europakurs für Juschtschenko oberste unverhandelbare Priorität hat, nicht nur im Bereich der Außenpolitik, wird sich die Ukraine an keinem russischen oder von Rußland gesteuerten Projekt beteiligen, das ihre EU- bzw. NATO-Mitgliedschaft erschweren oder verhindern könnte. Das gilt für die Beteiligung am Einheitlichen Wirtschaftsraum. Juschtschenko geht sogar noch einen Schritt weiter: Er will GUUAM zu einer Konkurrenzgemeinschaft zur GUS unter ukrainischer Führung ausbauen.

Erst recht nach den beiden gescheiterten Verfassungsreferenda in Frankreich und den Niederlanden werden die EU-Länder noch weniger als vorher bereit sein, der Ukraine eine Mitgliedschaft in der Union eröffnen. Auf der anderen Seite wird die EU das flächenmäßig größte Land, das mit seinem ganzen Territorium in Europa liegt, das auf eine tausendjährige christliche Kultur zurückblicken kann und das sich zu den europäischen Werten bekennt, nicht vor der europäischen Tür stehen lassen können und wollen, zumal es in vielen Wirtschafts-, Bildungs- und Politikindikatoren mit der Türkei gleich auf, wenn nicht gar vor ihr liegt und nur in wenigen hinter ihr. Deshalb dürfte die Form einer "assoziierten Mitgliedschaft" die realistischste Form der Anbindung der Ukraine an die EU sein.

Eine NATO-Mitgliedschaft dürfte für die Ukraine erreichbar sein. Wann das sein wird, hängt weitgehend vom Land selbst ab, nämlich von seiner Erfüllung der für die NATO-Mitgliedschaft erforderlichen Voraussetzungen.

Die Ukraine wird immer aus vielen Gründen (historischen, wirtschaftlichen, verwandtschaftlichen) enge Beziehungen zu Rußland unterhalten. Aber diese werden allein von der ukrainischen Interessenlage her bestimmt sein. Je eher das Rußland versteht, um so besser für die ukrainisch-russischen Beziehungen.